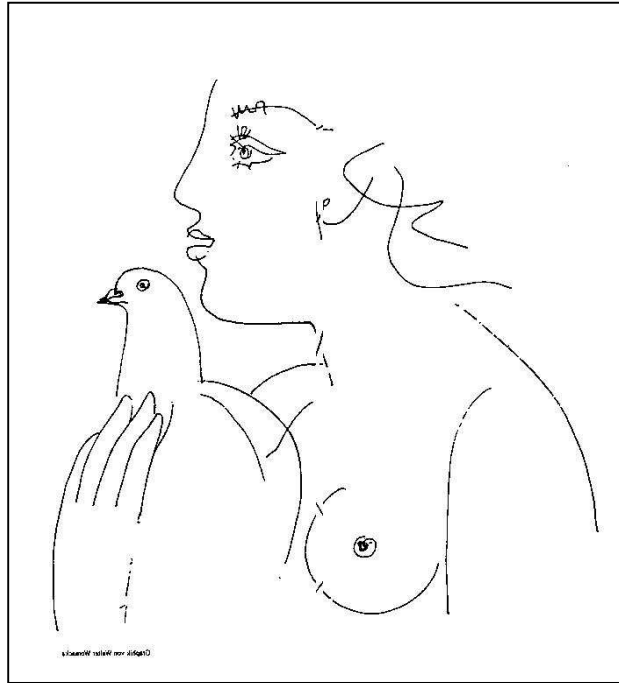


Nr. 182



Syrien im Focus

*Für die Durchsetzung des Völkerrechts und
die Beachtung der UNO-Satzung!*

Eine Dokumentation

von

Prof. Dr. Georg Grasnick

Redaktionsschluss: 20. November 2015

Die Folgen der Kriegsverbrechen, die seit fast zwei Jahrzehnten der US-Imperialismus und seine NATO - Willigen bei der Neuordnung und Neuaufteilung der Welt begangen haben, sind nun für EU- Mitgliedsstaaten, die zumeist auch NATO-Mitglieder sind, massiv spürbar geworden. Unablässig bewegen sich Tag für Tag Flüchtlingskolonnen nach EU-Europa, um hier Asyl zu finden. Eine „Vorhut“ hat Deutschland erreicht. Sie ist der Einladung von Angela Merkel gefolgt. Hierzulande wurde der „Notfall“ ausgerufen. Von einem „Ausnahmezustand“ wurde gesprochen.

EU-Europa reagiert mit Grenzzäunen zwischen einzelnen Mitgliedsstaaten. Die EU-Festung wurde ausgebaut. Erfassungslager werden eingerichtet. Das Asylrecht wird weiter ausgehöhlt. Die Türkei soll die Grenzen zu Europa für die über zwei Millionen Flüchtlinge, die dort in Lagern zusammengefasst sind, sperren.

Angesichts des „Notfalls“ wurden erstaunliche Erkenntnisse laut. Die EU müsse sich mit den Fluchtursachen befassen, meinte Frau Merkel. Der Flüchtlingsstrom aus Syrien sei auf die „katastrophalen Auswirkungen des syrischen Bürgerkriegs“ zurückzuführen, hieß es jetzt. Und: Das „Ausbluten Syriens“ müsse beendet werden. Die Medien sprachen von einem Kurswechsel der Bundesregierung und der EU gegenüber Moskau und Damaskus.

Zunächst äußerten noch Politiker der Großen Koalition - arrogant - man müsse „die Russen ins Boot holen.“ Luxemburgs Außenminister Asselborn, dessen Land gegenwärtig die EU-Ratspräsidentschaft innehat, rang sich zu der Meinung durch: „Wir brauchen Damaskus auf irgendeine Weise und wir brauchen auch die Russen auf eine andere Weise.“ (JW, 13.10.15) CSU-Chef Seehofer äußerte: Ohne Russland werde es „eine Lösung des Syrien - Konflikts nicht geben.“ (Welt am Sonntag, 11.10,15) SPD-Vizekanzler Gabriel schob nach: „Wir brauchen Verständigung mit Russland.“ Frau Merkel sagt, es muss „mit

vielen Akteuren, auch mit Assad, gesprochen werden.“ Im Februar 2012 befand sie noch, „Assads Zeit ist abgelaufen.“

Jetzt fällt der deutschen Bundesregierung, die übrigens immer noch die BND-Aufklärung vor der Syrischen Küste und die Sanktionen gegen Damaskus aufrechterhält, ein, was Moskau seit Jahr und Tag fordert, nämlich dass ein UN- geführter internationaler Prozess zur Befriedung Syriens zweckmäßig sei. In Kommentaren einzelner deutscher Tageszeitungen wird die sich andeutende Kurskorrektur unterstützt. „Mit Assad müsse man reden, weil der Einfluss des IS bedeutend gewachsen und die syrische Opposition eine Fiktion sei“, wird beispielsweise geurteilt. (BZ,25.9.15) Oder: „Zunächst muss der islamistische Terror beendet werden, danach muss das Blutvergießen gestoppt und ein Waffenstillstand verhandelt werden – auch mit Assad“, weiß ein anderes Blatt. (Nürnberger Nachrichten, 13.10.15)

Dagegen verliert sich Drohnenkrieger Obama in übler Hetze, wenn er den syrischen Präsidenten Assad als Tyrannen dämonisiert. Seinen Sprecher lässt er erklären, Assad sei „Ursache der Krise.“

Die französische Regierung lehnt bisher Korrekturen ihrer gegen Damaskus gerichteten Politik ab. Die britische Regierung überprüft noch ihre bisherige Haltung.

Vom friedlichen Protest zum Bürgerkrieg

Wer sich mit den Fluchtursachen befassen will, der muss sich den Realitäten stellen, wie es in Syrien vor viereinhalb Jahren begann.

Die Syrer, die im März 2011 im syrischen Daa auf die Straße gingen, um Reformen zur Demokratisierung des Landes zu fordern, hatten sicher keine Vorstellungen und zweifellos nicht die Absicht, mit ihrem Handeln einen Prozess einzuleiten, der zu mörderischem Krieg und Chaos führen würde. Nach Daa gab es auch in einigen kleinen Orten und Städten in Grenznähe

zur Türkei und zu Jordanien Protestaktionen. Schnell wurden die Forderungen nach mehr Demokratie von Schüssen unteretzt. Es gab erste Opfer auf beiden Seiten.

Den Westmächten und einigen arabischen Feudalherren bot sich die Chance, die Proteste für einen Regime Change in Damaskus zu instrumentalisieren. Der US- Kongress hatte unmittelbar vor den Protesten in Daa, am 6. März 2011, den „Syrian Freedom Support Act“ beschlossen. Darin wurde die Administration aufgefordert, Sanktionen gegen Syrien zu verhängen. Der Präsident wurde ermächtigt, „Hilfe für einen demokratischen Übergang in Syrien zu leisten.“ ([www.congress.bill/112th.../house](http://www.congress.gov/bills/112/th.../house)) Die Obama -Administration handelte im Sinne dieses Beschlusses und gemäß der nach dem 11. September 2001 verkündeten Bush -Doktrin, „Schurkenstaaten“ zu liquidieren. Der ehemalige NATO-Oberbefehlshaber Clark hatte 2007 ausgeplaudert, dass zu diesen genannten Staaten der Irak, Libyen und Syrien gehörten. Der Irak und Libyen waren schon von den USA und ihren Willigen heimgesucht worden. Nun stand die Beseitigung des Assad - Regimes auf der Tagesordnung der Washingtoner Weltneuordner. Saudi Arabien und die Türkei, die günstige Bedingungen für die Verwirklichung ihrer Vormachtbestrebungen in der Region sahen, waren sofort mit von der Partie. Bewaffnete Kräfte wurden von der Türkei und Jordanien nach Syrien eingeschleust.

In diesem Zusammenhang sei an einem Bericht der Beobachterkommission der Arabischen Liga erinnert. Darin hieß es u.a.: „Der Bericht kam unmissverständlich zu dem Schluss, die syrische Regierung würde in keiner Weise mit tödlichen Maßnahmen friedliche Demonstranten unterdrücken. Des Weiteren macht der Bericht bewaffnete Gruppen für Bombenschläge auf zivile Busse, mit Diesel beladene Güterzüge, auf Busse der Polizei sowie auf Brücken und Ölleitungen verantwortlich.“ Der Bericht passte nicht in das vom Westen vorgegebene Bild und wurde kaum veröffentlicht. Das galt auch für einen Bericht der International Crisis Group vom Juli 2011, in

dem festgestellt wurde, dass „kriminelle Netzwerke, bewaffnete Gruppen von Islamisten, von außen unterstützte Elemente und einige in Selbstverteidigung handelnde Demonstranten zu den Waffen gegriffen haben.“

(www.ag.friedensforschung.de/regional/Syrien)

Bemerkenswert auch die Position des Patriarchen Gregorius III, Vertreter von 1,7 Millionen griechisch -melkitischer Katholiken im Nahen Osten: „Anfangs stand auf der einen Seite die Opposition, auf der anderen die Regierung. Und die Armee, da bin ich mir ganz sicher, hatte den Befehl, sich nur zu verteidigen, nicht anzugreifen. Aber vor einiger Zeit sind noch andere Kräfte aktiv geworden,... es sind wohl zumeist Kriminelle, die das Chaos für ihre Zwecke nutzen. Es gibt Überfälle, Entführungen und Plünderungen.“ (Der Tagesspiegel, 12. 3. 2012)

Die Syrien - Korrespondentin Karin Leukefeld schätzte ein: „Der innersyrische Konflikt wurde zu einem regionalen und schließlich zu einen internationalen Stellvertreterkrieg ausgeweitet. Dort, wo Menschen flohen, zogen bewaffnete Gruppen ein, die bis heute regional und international unterstützt werden. Und dann hieß es, die syrische Regierung hat keine Kontrolle mehr und ist ohnehin die 'Wurzel von allem Bösen' in Syrien, wie es gerade erst wieder ein Sprecher des US-Außenministeriums erklärte. Syrien wird zu einem 'failed state' erklärt, in dem man humanitär und militärisch eingreifen kann...Und dass es sich hier um einen Stellvertreterkrieg handelt, wird klar, wenn man versteht, dass der sogenannte Islamische Staat, der vor Ort 'Daish' genannt wird, anders als in unseren Leitmedien gern verbreitet, alles andere als aus dem Nichts aufgetaucht ist. Regionale und internationale Sponsoren stehen hinter ihm, so dass er offenbar über unerschöpfliche finanzielle Ressourcen verfügt. Diese Sponsoren benutzen die Kämpfe, um die Nationalstaaten zu zerstören, die vor 100 Jahren in der Levante gegen den Willen der damaligen Bevölkerung geformt worden waren... Der Zorn der Golfstaaten auf die unabhängige Politik, die in Syrien verteidigt wird, schlägt sich nieder in der

Bewaffnung von irregulären Kampfgruppen, die von 'Daish' dominiert werden.“ (Friedensjournal, 5/2015)

Mit „Rebellen“, „Aufständischen“ und Terroristen in den Krieg

Die USA und ihre Verbündeten hatten aus ihrem Libyen - Krieg die Lehre gezogen, einen Regimewechsel in Syrien unter der Flagge eines „Bürgerkrieges“ zu vollziehen. US-Außenministerin Clinton wusste bald nach Beginn der bewaffneten Auseinandersetzungen in Syrien, „es könnte einen Bürgerkrieg mit einer sehr entschlossenen und gut bewaffneten und letztlich gut finanzierten Opposition geben.“ (jw, 21.11.11)

Mit einem schnell gebildeten „Rat der Freunde Syriens“ wurde nicht nur die Internationalisierung des Syrien - Konflikts und somit die Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines völkerrechtlich anerkannten souveränen Staates eingeleitet. Es wurden auch die Voraussetzungen für die Ausbildung, Bewaffnung und Finanzierung der Kriegshorden auf Seiten der Opposition geschaffen. Der Kriegspartei „Rat der Freunde Syriens“ gehören u.a. die USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, die Türkei, Saudi Arabien, Katar sowie der „Syrische Nationalrat“, eine Sammlung von im Ausland lebenden Syrern, an. Nachdem der Krieg bereits ein Jahr wütete, tröstete Obama die „Freunde“ im „Rat“, die Beseitigung Assads sei „nicht mehr eine Frage des ob, sondern nur noch eine Frage des wann.“ (BZ, 24.2.12)

Die Hilfwilligen setzten sich aus der sogenannten Freien Syrischen Armee (FSA) (Oppositionelle, ausländische Söldner und Überläufer) und der Al - Nusra - Front zusammen, die zur Al - Qaida - Gruppe gehört. (Dschihadisten, sunnitisch - religiöse Extremisten aus arabischen Ländern, vor allem aus Libyen, Tunesien und Marokko)

Für ihre terroristischen Attacken flossen Milliarden Dollar vor allem aus den USA, Saudi-Arabien, Katar und anderen Golfstaaten sowie aus Großbritannien und der Türkei. **Die EU steu-**

erte 60 Sanktionen gegen Damaskus bei. Die Türkei unterstützte in den vergangenen vier Jahren alle Terrorgruppen logistisch und mit Waffenlieferungen.

Russlands Außenminister Lawrow bezeichnete kürzlich die FSA als „Phantomarmee“. Das war das Fazit, nachdem russische Angebote, doch gemeinsam gegen den IS zu kämpfen, keine relevante Resonanz fanden.

Die Führer dieser Armee leben in der Türkei. Die Restbestände der FSA hat nun die CIA unter ihre Fittiche genommen. Die Kampfstärke dieser Bestände lässt sich daraus ablesen, dass unlängst eine an die Front geschickte Einheit sich von der Al-Nusra-Front, die zu Al-Kaida gehört, gefangen nehmen ließ. Andere lieferten sofort ihre Waffen bei Al-Nusra ab. (JW, 7.10.15 und 13.10.15) Die USA teilten nun mit, dass das Ausbildungsprogramm für die FSA beendet sei. 500 Millionen Dollar waren dafür aufgewendet worden.

Die USA-Administration entschloss sich als Ersatz unter der Bezeichnung „Neue Syrische Streitkräfte“ (NSS) Truppen zu rekrutieren, auszubilden und auszurüsten. (JW, 26./27.9.15) NSS, die 10.000 Mann umfassen sollen, sie werden als „gemäßigte Gruppe“ angepriesen. Das US-Verteidigungsministerium hat für 2016 für die NSS und für weitere Rebellengruppen 600 Millionen Dollar eingeplant. (RT deutsch, 5.10.15) Die Erfahrungen mit NSS sind nicht besser als die mit der FSA gesammelten. Große Teile dieser Truppe sind bereits bei Al-Nusra oder beim IS angekommen.

Al-Kaida ist faktisch der „Urschleim“, aus dem im Prozess der imperialistischen Intervention im Irak der IS (Islamischer Staat) entstand und seine sadistisch-terroristischen Operationen auf Syrien ausdehnte. (RT, deutsch, 16.11.15) In einem „heiligen Krieg“ gegen Damaskus soll der säkulare syrische Staat vernichtet und auf seinen Trümmern ein panarabisches Kalifat errichtet werden. Die von europäischen Kolonialmächten – vor allem Frankreich und Großbritannien – im Ersten Weltkrieg ge-

zogenen post- osmanischen Grenzen sollen beseitigt werden. Unterstützt von der Türkei und Saudi-Arabien hat der IS große Teile des syrischen Territoriums okkupiert. Über die Türkei lief übrigens der einträgliche illegale Ölhandel des IS, geschöpft aus den vom IS okkupierten Ölfördergebieten in Syrien.

Jürgen Todenhöfer, ehemaliger CDU-Bundestagsabgeordneter, urteilt, dass die USA, statt in Syrien zu verhandeln, bewusst Terrorismus in Kauf nehmen. „Das ist noch freundlich ausgedrückt. Dokumente des US-Geheimdienstes CIA bestätigen das. Dessen Ex-Chef Michael Flynn gab es vor kurzem in einem Al-Dschasira-Interview zu. Die USA wussten schon 2012, dass der syrische Aufstand, anders als westliche Politiker jahrelang behaupteten, von Extremisten und Terroristen, nicht von Freunden der Demokratie, angeführt wurde, - dass dadurch ein 'salafistisches Hoheitsgebiet' entstehen könne (laut General Flynn mit Unterstützung des Westens!), und dass hierdurch die Gefahr der Ausrufung eines Islamistischen Staates in Syrien und im Irak drohe. Die US-Führung nahm diese Gefahr bewusst in Kauf... Diese Politik, die auf Spaltung Syriens und des Irak mit Hilfe terroristischer Organisationen setzte, ist krachend gescheitert. Inzwischen ist der bewusst in Kauf genommene IS-Terrorismus den US-Zauberlehrlingen über den Kopf gewachsen. Der IS beherrscht ein Gebiet so groß wie Großbritannien. Und bedroht den gesamten Mittleren Osten und die Welt.“ (BZ, 24.9.15) *Der IS rekrutiert sich schätzungsweise aus 30.000 bis 50.000 Kämpfern aus rund 100 Staaten.*

In anderen, nicht vom IS kontrollierten syrischen Territorien versucht „eine Allianz sogenannter 'Eroberungstreitkräfte', unter denen die Al-Kaida zugerechnete Al-Nusra-Front die stärkste Kraft ist“, ihren Einflussbereich auszuweiten. (BZ, 8.10.15)

Für weltweite Antiterrorkoalition

Am 28. September 2015 ergriff der russische Präsident Putin vor der UN-Vollversammlung zur Syrienkrise das Wort. Er führt u.a. aus: „Es ist jetzt schon klar, dass das Machtvakuum, das in

einigen Staaten des Nahen Osten und Nordafrikas entstanden ist, dazu geführt hat, dass Zonen der Anarchie entstanden sind, die sofort von Extremisten und Terroristen genutzt wurden. Schon jetzt kämpfen Zehntausende unter dem Banner des 'Islamischen Staats'. Zu ihnen gehören ehemalige irakische Militärs, die infolge des Einmarsches in ihr Land 2003 auf die Straße gesetzt wurden. Ein weiterer Lieferant von Rekruten ist Libyen, dessen Staatlichkeit unter grober Verletzung der Resolution Nr. 1973 des Weltsicherheitsrates zerstört wurde. Und jetzt füllen auch Mitglieder der vom Westen unterstützten sogenannten gemäßigten syrischen Opposition die Reihen der Radikalen auf. Es ist immer dasselbe: Erst werden sie bewaffnet und ausgebildet, und dann gehen sie auf die Seite des IS über. Überhaupt ist auch der IS nicht aus dem Nichts entstanden. Er wurde anfangs als Instrument gegen unerwünschte westliche Regimes geschaffen. Nachdem er sich inzwischen eine Machtbasis in Syrien und im Irak geschaffen hat, geht der IS zu einer aktiven Expansionspolitik in anderen Regionen über und beansprucht die Herrschaft über die ganze islamische Welt und darüber hinaus. Die Lage ist mehr als gefährlich.“ (JW, 30.9.15)

Putin wies darauf hin, dass es heuchlerisch und unverantwortlich ist, „lautstarke Erklärungen über die Gefahr des internationalen Terrorismus abzugeben und gleichzeitig die Augen davor zu verschließen, über welche Kanäle die Terroristen finanziert und unterstützt werden.“ Er forderte, endlich anzuerkennen, dass niemand außer der syrischen Regierungsarmee und den kurdischen Volksmilizen „ernsthaft gegen den IS und andere terroristische Gruppen kämpft.“

Schließlich schlug Putin vor, sich in der Politik „von gemeinsamen Werten und gemeinsamen Interessen auf Grundlage des Völkerrechts leiten zu lassen, die Bemühungen zur Lösung der vor uns stehenden Probleme zu vereinen und eine wirklich weltweite Antiterrorcoalition zu bilden. Ebenso wie einst die Antihitlerkoalition könnte sie in ihren Reihen ganz verschiedene Kräfte vereinen, die bereit sind, gemeinsam Widerstand ge-

gen jene zu leisten, die – wie damals die Nazis – das Böse und die Menschenfeindlichkeit schlechthin verkörpern.“ (ebenda)

US-Präsident Obama hatte am 25. September in seiner Rede vor der UNO zunächst Russland verleumderisch in eine Reihe mit den Terroristen gestellt. In Allgemeinplätzen erklärte er dann, die gesamte US-Außenpolitik sei nicht darauf ausgerichtet, „auf terroristische Akte zu reagieren.“ Man dürfe über die Gefahren „nicht nur reden. Wir müssen gemeinsam konkrete Schritte unternehmen, um der Gefahr zu begegnen.“ Als ersten Schritt müsse „die terroristische Vereinigung, die unter dem Namen IS bekannt ist, geschwächt und letztlich zerstört werden.“ Die USA handelten dabei „nicht im Alleingang... Mehr als 40 Staaten haben bereits angeboten, sich unserer Koalition anzuschließen.“ (www.ag-friedensforschung.de/themen/UNO) Mit welchen „konkreten Schritten“ die US-Administration auf den IS-Terror reagieren will und welche Kräfte oder Staaten der von Obama genannten Koalition eigentlich angehören blieb unbeantwortet.

Nach der drei Tage später folgenden Rede Putins zeigte sich seitens der US-Administration keinerlei Bereitschaft, an die Erfahrungen des Kampfes der Anti-Hitler-Koalition gegen den Faschismus anzuknüpfen. Es gibt keinerlei Bereitschaft, eine weltweite Antiterrorkoalition zu bilden. Washingtons Feind Nummer 1 bleibt Assad. Putin hatte dagegen in seiner Rede unmissverständlich auf die Vernichtung des IS und die dazu erforderlichen Schritte orientiert und betont: „Vor allem halte ich es für äußerst wichtig, dabei zu helfen, in Libyen wieder staatliche Strukturen aufzubauen, die neue Regierung des Irak zu unterstützen und der legalen Regierung Syriens umfassende Unterstützung zukommen zu lassen.“ (JW, 30.9.15)

Auf Initiative Russlands wurde nach intensiven Verhandlungen in Bagdad ein Koordinierungszentrum des Kampfes gegen den IS Terror unter Beteiligung von Irak, Iran, Syrien und Russland geschaffen. Ein ernsthafter Schritt in diese Richtung. Die USA lehnten den Vorschlag, sich daran zu beteiligen, ab.

Russland greift militärisch ein.

Die russische Regierung hat in den nun vier Jahre andauernden und mit großen menschlichen und materiellen Opfern verbundenen Konflikt in und um Syrien bedeutende Anstrengungen für eine diplomatische, friedliche Lösung unternommen. Darüber wird weiter unten noch zu lesen sein. Soviel sei hier schon erwähnt: Die Mehrzahl der relevanten Gruppen der inneren Opposition waren zu Verhandlungen nach Moskau eingeladen, bei den Genfer Verhandlungen spielten die Initiativen der russischen Diplomaten eine herausragende Rolle. Erinnerung sei an die Initiative zur Lösung des Problems der Chemiewaffen, das die westliche Seite ursprünglich mit Militärschlägen aus der Welt zu schaffen wollte

Nun greift seit dem 30. September die russische Luftwaffe auf Ersuchen der syrischen Regierung – das auch beim Besuch von Assad in Moskau unterstrichen wurde – in den Kampf gegen terroristische Gruppierungen ein.

Vor dem russischen Einsatz hatte Putin im US-Fernsehsender CBS auf die Bemerkung des Moderators, russische Militärpräsenz in Syrien lege nahe, dass er Assad „retten wolle“, geantwortet, „Es ist meine tiefe Überzeugung, dass jede gegenläufige Handlung – zur Zerstörung einer legitimen Regierung – eine Lage schaffen wird, die man jetzt in anderen Ländern der Region oder in anderen Regionen wie etwa Libyen sehen kann, wo alle staatlichen Einrichtungen zerfallen sind.“ (BZ, 26./27.9.15)

Im grundlegenden Unterschied zu den Bombardements von Kampfflugzeugen der USA, Großbritanniens, Frankreichs, der Türkei und anderer Mächte, die kein völkerrechtlich relevantes Mandat besitzen, handelt Russland in völliger Übereinstimmung mit dem Völkerrecht. Militäreinsätze in fremden Staaten sind demnach möglich auf Beschluss des UN-Sicherheitsrates oder auf Bitte der Regierung des betroffenen Landes. Die USA und die erwähnten anderen Staaten entbehren für ihre Bom-

bardements dieser Zustimmung. Sie behandeln Syrien wie ein okkupiertes Land. Das hindert ihre Politiker und westliche Medien nicht, ein großes Geschrei gegen den Einsatz russischen Militärs zu erheben.

Panikmache und Heuchelei bestimmten die Äußerungen westlicher Politiker. Obama unterstellte, „das Vorgehen der Russen sei ein Rezept für eine Katastrophe.“ (Der Spiegel, 42/2015) „Angela Merkel und Francois Hollande äußerten 'tiefe Sorge' über die Luftangriffe...(Hollande) sprach von einem drohenden 'totalen Krieg' im Nahen Osten.“ (ebenda) NATO-Generalsekretär Stoltenberg sah eine „beunruhigende Eskalation“.

BRD-Außenminister Steinmeier gab sich empört: „Statt einsamer Entscheidungen Russlands, nun auch direkt militärisch in Syrien einzugreifen, brauchen wir den politischen Einsatz Russlands für eine Transformation Syriens.“ (BZ, 2./3./4. 10.15) Das militärische Eingreifen Russlands, so andere Stimmen, „verhindere eine politische Lösung der Syrien-Krise.“

Die Repräsentanten der Westmächte, die ihre völkerrechtswidrigen NATO-Einsätze gegen Damaskus als selbstverständliche Akte verstanden wissen wollen, verdecken mit einer neuen Welle der Russophobie die reale Gefahr, die durch das Wüten des IS und anderer terroristischer Gruppierungen nicht nur für Syrien existiert. Von 30.000 Europäern ist die Rede, die sich dem IS angeschlossen haben. Weitere Tausende, die sich in mehr als 40 terroristischen Einheiten befinden, kommen aus Tunesien, Saudi Arabien und Marokko.

Präsident Putin informierte darüber, dass zwischen 5.000 und 7.000 Angehörige des IS aus GUS-Staaten stammen, 2.500 davon aus Russland. Daraus zog er den logischen Schluss: „Warum sollen wir warten, bis sie zu uns heimkehren, da helfen wir lieber Assad gegen sie vor Ort auf dem Gebiet Syriens zu kämpfen.“ (ND, 29. 9. 15)

Rekrutierung, Eingruppierung, Ausbildung und militärische Ausrüstung terroristischer Gruppen durch Westmächte, Golfstaaten und Türkei trugen zur weiteren Eskalation der Kampfhandlungen bei und bedeuteten eine Barriere gegen eine politische Lösung der Krise.

Empörung über Russlands militärische Schläge gegen terroristische Einheiten war auch von US-Verteidigungsminister Carter zu vernehmen. Ziel der russischen Luftschläge seien nicht IS-Stellungen, sondern vielmehr „gemäßigte Rebellen“ gewesen, die von Washington „in ihrem Kampf gegen den syrischen Machthaber Assad und den IS“ unterstützt würden. (BZ, 2./3./4. 10.15) Ähnlich äußerte sich auch der US-Ultra Mc Cain von den Republikanern. Zu diesen „gemäßigten Rebellen“ war im „Spiegel“ zu lesen, „sie sind unübersichtlich, größtenteils unbekannt und islamistisch gefärbt.“ (Der Spiegel, 42/2015)

Fakt ist, dass der russische Präsident den USA eine Koordinierung der Einsätze ihrer Luftstreitkräfte vorgeschlagen hatte. So hatte Russland die USA um eine Liste der Angriffsziele gebeten. Die USA lehnten ab. Gleichzeitig warf Washington der russischen Seite vor, die falschen Ziele anzugreifen. „Dann haben wir noch mal nachgedacht“, sagt Putin, „und eine andere Frage gestellt: Dann sagt uns, wo wir nicht angreifen sollen.“ Moskau erhielt wiederum keine Antwort.

Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang eine von der Agentur Fides, Presseorgan der päpstlichen Missionswerke, veröffentlichte Stellungnahme des Erzbischofs Behnan Hindo: „Der US-amerikanische Senator John Mc Cain beklagt, dass die russische Luftwaffe nicht die Stellungen des Islamischen Staates, sondern die von der CIA ausgebildeten Rebellen angreift. Dies finde ich äußerst beunruhigend, denn damit gesteht er ein, dass sich hinter dem Krieg gegen Assad auch die CIA verbirgt und es sich um einen Stellvertreterkrieg von Mächten handelt, die zusammen mit ihren Verbündeten in der Region gegen Syrien kämpfen. Die westliche Propaganda redet weiterhin von gemäßigten Rebellen, doch die gibt es nicht. In der Galaxie der

bewaffneten Gruppen sind die Soldaten der Syrischen Befreiungsarmee nur mit einer Lupe zu finden. Alle anderen, abgesehen vom IS, haben sich in der Als-Nusra-Front zusammengeschlossen, ein Ableger der Al-Qaida in Syrien. Dies alles ist sehr beunruhigend: Diese Supermacht protestiert 14 Jahre nach dem 11. September, weil die Russen die Milizen der Al-Qaida in Syrien bombardieren. Was bedeutet das? Dass Al-Qaida sich nun mit den USA verbündet hat, nur weil sie in Syrien anders heißt? Glauben sie wirklich, dass wir so wenig Intelligenz und Erinnerungsvermögen besitzen?“ Der syrisch-katholische Erzbischof schließt seine Stellungnahme mit den Worten: „Wir werden selbst darüber entscheiden, wann Assad gehen muss und nicht der IS und der Westen. Und eines ist gewiss: Wenn Assad jetzt geht, dann endet Syrien wie Libyen.“ (JW, 6.10.15)

Antirussische Hetze eskaliert

Der Informationskrieg gegen Russland eskalierte. Waren es erst die „Gemäßigten“, denen angeblich russische Luftangriffe galten, so wurden es schließlich Zivilisten und Kulturstätten, die Ziel der russischen Attacken gewesen seien. Die deutsche Bundesregierung erwies sich als Speerspitze im hetzerischen Feldzug. In einer Erklärung, die sie gemeinsam mit so aktiven Förderern von IS und anderen dschihadistischen Milizen wie der Türkei und Saudi-Arabien sowie anderen veröffentlichte, wurde verlangt, die Luftschläge „sofort“ einzustellen. Dazu der russische Präsident: „Die ersten Informationen über zivile Opfer waren erschienen, noch bevor unsere Flugzeuge in den Himmel stiegen.“ Russland sei „auf solche Informationsattacken gefasst“. (JW, 3./4./5. 10.15) Bekannt ist, dass das russische Einsatzzentrum vor den Luftschlägen die Zivilbevölkerung in den Zielgebieten mit Flugblättern rechtzeitig vor den Angriffen warnte. Übrigens: Das US-Militär konnte keine zivilen Opfer russischer Angriffe feststellen.

Die Informationskrieger ignorierten die Richtigstellungen aus Moskau. Sie brachten die Meldung in Umlauf, dass infolge der

russischen Angriffe im Raum Aleppo 35.000 Syrer die Flucht ergriffen hätten. „Der Spiegel“ gab sich damit noch nicht zufrieden. „Sollte es dem Diktator (Assad) mithilfe Putins gelingen, die Opposition aus der Metropole Aleppo zu vertreiben, würden weitere Hunderttausende Syrer die Grenze zur Türkei überschreiten und Richtung Europa ziehen.“ (Der Spiegel, 44/2015) Die Ursachen der sich in der EU zuspitzenden Flüchtlingskrise sollen in antirussische Kanäle gelenkt werden. Die Russen seien schuld, wenn diese Krise verschärft würde. Die Wahrheit, dass nämlich die Mächte, die seit vier Jahren ihren Krieg gegen Syrien führen Verursacher der Flüchtlingsflut sind, soll mit antirussischer Hetze vertuscht werden. Ebenso die de-facto-Einheitsfront von Westmächten und Golfregimen mit dem IS.

Der IS hat die Hetze genutzt, um zu einem „Heiligen Krieg“ gegen „die Besatzungsmacht“ Russland aufzurufen. Er kündigt Angriffe auf das russische Territorium an. IS-Sprecher Abu Mohammed al-Adnani hat im September 2014 den potenziellen Einzeltätern der Terror-Organisation den Auftrag erteilt: „Tötet sie (die Ungläubigen) wie ihr wollt, zertrümmert ihnen den Kopf, schlachtet sie mit dem Messer, überfährt sie mit dem Auto, werft sie von einem hohen Gebäude, erwürgt oder vergiftet sie.“ (BZ, 15.10.15) Tausende Male wurde entsprechend diesem Mordbefehl im Irak und in Syrien gemeuchelt. Über dem Sinai wurde durch einen Terroranschlag des IS eine russische Passagiermaschine zum Absturz gebracht.

Und da erklärt der Vizepräsident des Bündnisses der syrischen Auslands-Opposition, Marwah, der in Kanada lebt: „Der IS ist für uns keine allzu große Gefahr.“ „Erreger (des Terrorismus) ist das Assad-Regime.“ (www.zeit.de/Politik/Ausland) Das Oppositionsbündnis, das 2012 in Katar gegründet wurde und seinen Sitz in Istanbul hat, bestätigt damit, wer für ihn und seine Anhänger der Feind ist.

Was übrigens die Luftangriffe der USA und der Türkei angeht, die, wie offiziell erklärt wurde gegen den IS geflogen würden,

so bezweifelt der eigene Geheimdienst die Effektivität dieser Einsätze. Er konstatiert vielmehr, dass die US-Army nur Alibiangriffe geflogen oder aber deren Effektivität weit übertrieben dargestellt habe. Was Angriffe der Türkei angeht, so wird überhaupt in Frage gestellt, dass sie IS-Stellungen angegriffen habe. Nahe läge, dass Gebiete der kurdischen Selbstverwaltung in Syrien ins Visier genommen worden sind. (ND, 8.10.15)

Die von westlichen Medien betriebene Hetze erreichte am 21. Oktober auf dem Titel der Tageszeitung „taz“ mit einer Zeichnung einen Tiefstand, der in seiner Menschenverachtung nicht zu überbieten ist. Der syrische Präsident Assad und der russische Präsident Putin plauschen in einer Badewanne voller Blut! In übelster Gossenmanier sollen beide Politiker verketzert werden. Assad wird im beigegefügt Text als „international Geächteter“ dämonisiert. Putin wurde bekanntlich von der Boulevardpresse mit Hitler verglichen. Stürmer - Ungeist steht offenbar Pate.

Westliche Politik empfindet nicht einmal ansatzweise Empörung zu dieser Sudelei. Sie passt in das US-Schema „Gut“ und „Böse.“

US-Regime - Change - Strategie

Nun ist Assad allerdings Repräsentant einer legitimen Regierung, die der Intervention gegen ihr Land Widerstand leistet. Und die sich seit Jahren einer politischen Lösung des Syrien - Konflikts keineswegs verschloss. Damaskus hat - im Gegensatz zu den „Freunden Syriens“ - die Bemühungen der UN-Sonderbeauftragten Kofi Annan, Lakhdar Brahimi und Staffan Mistura unterstützt.

Das galt 2012 für die Vereinbarungen von Genf I ebenso wie für den Einsatz von UN-Inspektoren zur Untersuchung von Giftgaseinsätzen in Syrien. Assad erklärte seinerzeit zu den westlichen Unterstellungen, die syrische Armee habe Giftgas eingesetzt: „Die Verlautbarungen der Politiker der USA, des Westens

und anderer Staaten sind eine Verhöhnung des gesunden Menschenverstandes und Verachtung gegenüber der öffentlichen Meinung ihrer Völker. Es ist Nonsens: Erst gibt es Anschuldigungen, und erst dann sammelt man Beweise... Was die Untersuchung von Kriegsverbrechen in Syrien angeht, so sind wir die ersten, die eine Untersuchung durch eine internationale Kommission gefordert haben. Als die Terroristen eine Rakete mit Giftgas auf Aleppo abgefeuert haben, und zwar nach vielfachen Verlautbarungen des Westens, die Regierungstruppen seien bereit, chemische Waffen einzusetzen, haben wir eine Untersuchung durch ausländische Fachleute gefordert. Diese Position war mit Russland abgestimmt, wir wollten dass die USA, Frankreich und Großbritannien sich selbst davon überzeugen, dass das nicht unser Werk ist, sondern dass unsere Feinde chemische Waffen einsetzen.“ (Iswestija, 25.8.13) Damaskus stimmte vorbehaltlos dem von Moskau unterbreiteten Plan einer Beseitigung der syrischen C - Waffen zu.

Zustimmend äußerte sich Damaskus auch gegenüber den Forderungen der innersyrischen Opposition, Reformen durchzuführen. Am 26. Februar 2012 wurde von der Regierung des Landes ein Referendum über eine Reihe von Reformschritten durchgeführt. 57,4 Prozent der stimmberechtigten Bürger Syriens beteiligten sich zustimmend an der Abstimmung.

Aufschlussreich sind Äußerungen geistlicher Würdenträger über Assad.

Der melkisch-katholische Erzbischof von Aleppo, Jeanbart, forderte wiederholt, Assad müsse die Chance bekommen, seinen Willen zu Reformen zu beweisen. Ähnlich äußerten sich der chaldäisch-katholische Bischof von Aleppo, der Jesuit Audo, der melkisch-katholische Patriarch Gregorius III in Damaskus sowie der maronitische Patriarch Bachara el-Rai im Libanon. Das Baath-System sei ohne Zweifel ein extremes und diktatorisches Regime. Aber das seien viele andere in der arabischen Welt auch, argumentierte Rai. Syriens Christen unterstützten nicht

das Assad-Regime, „aber wir haben Angst, was danach kommt.“ (BZ, 19.10.15)

Der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete und Publizist To-denhöfer beurteilt die Position Assads wie folgt: „Im Frühjahr 2013 habe ich zweimal mit Assad mehrere Stunden über die Frage eines Amtsverzichts gesprochen. Sehr offen. Das Weiße Haus, das ich in Absprache mit der Bundesregierung und mit Assad anschließend informierte, weiß genau, zu welch weitreichenden, auch persönlichen Zugeständnissen er damals bereit war, wenn es zu einem stabilen Frieden in der Region gekommen wäre. Die übliche Antwort der US-Regierung lautete: „Mit dem Kerl reden wir nicht.“ Obwohl dieser schon damals in der Frage der Bekämpfung von Al-Kaida zu einer weitgehenden nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit mit den USA bereit war. Doch der Terrorismus in Syrien schien die USA nicht zu stören.

Mit zweieinhalb Jahren Verspätung kommen die USA und offenbar auch Deutschland nun auf diese Vorschläge zurück. Verschenkte Zeit, die Hunderttausenden das Leben kostete, zu einer Explosion des Terrorismus im Mittleren Osten und zu einem Flüchtlings - Tsunami führten.“ (BZ, 24.9.15)

Auf der Genf-II-Konferenz im Februar 2014 hatte sich der syrische Außenminister al-Muallim gegen die vom US-Außenminister vertretene Anmaßung gewandt, zu bestimmen, wer in einem Land das Sagen habe: „Kein Mensch auf der Welt, Mr. Kerry, kein Mensch auf dieser Welt kann die Legitimität eines Präsidenten, einer Regierung oder unserer Verfassung geben oder entziehen; nur die Syrer selbst sind dazu berechtigt, kein anderer. Das ist ihr gutes Recht und ihre Pflicht.“ (Neue Rheinische Zeitung, 11.10.15)

Dagegen steht die völkerrechtswidrige die Position der USA. Im Februar 2015 **erklärte Obama** in einem Interview mit dem TV-Sender „Vox“: **„Wir müssen gelegentlich den Arm von Ländern umdrehen, die nicht das tun, was wir von ihnen wol-**

len. Wenn es nicht die verschiedenen wirtschaftlichen oder diplomatischen oder, in einigen Fällen, militärischen Druckmittel die wir haben, gäbe, wenn wir diese Dosis Realismus nicht hätten, würden wir auch nichts erledigt bekommen.“ (RT, deutsch, 12.2.15)

Der UN-Generalsekretär Ban Ki Moon hat mit einer von ihm ungewohnten Schärfe die Blockade-Position der US-Administration verurteilt. Eine Position, wonach alle weiteren Verhandlungen von der Forderung „der USA und westlicher Länder gelähmt werden, finde ich total unvernünftig und nicht akzeptabel.“ Ban Ki Moon klagt an: „Inzwischen haben wir vier Jahre verloren. 250.000 sind getötet worden. Es gibt 13 Millionen Flüchtlinge und Binnenvertriebene. Über 50 Prozent der Krankenhäuser, Schulen und Infrastruktur in Syrien sind zerstört worden. Wir dürfen nicht noch mehr Zeit verlieren.“ (JW, 5.11.15)

Es gibt keinen anderen Weg der Lösung als den der Anerkennung des Völkerrechts und der Prinzipien der UN-Charta. Davon ausgehend betonte Putin gegenüber dem deutschen Vizekanzler Gabriel bei dessen Besuch in Moskau zur Flüchtlings - Problematik im Nahen Osten: „Unsere Position ist Ihnen gut bekannt. Um dieses Problem zu bewältigen, ist es aus unserer Sicht nötig, dort bei der Stärkung von Staatlichkeit Tatkraft zu zeigen, wo sie nicht erhalten blieb, und Hilfe zu leisten bei der Wiedererrichtung staatlicher Strukturen dort, wo das gerade geschieht. Wir müssen einen politischen Prozess in Gang bringen, einen Prozess der politischen Regelung aller strittigen Fragen, darunter auch in Syrien.“ (JW, 30./31.10./1.11.15)

Ende Oktober erklärte Assad seine Bereitschaft zu einer vorgezogenen Präsidentenwahl. „Natürlich will das ganze Volk über das Schicksal seines Staates entscheiden, nicht nur die Führungsriege,“ so Assad. (BZ, 22.10.15) Als Voraussetzung dafür nannte er, dass „ Syrien zunächst vom Terrorismus befreit werden“ müsse. (BZ, 26.10.15)

Ringens um friedliche Lösung

Kürzlich hat der Diplomat und ehemalige Präsident Finnlands Ahtisaari darauf hingewiesen, dass ein „Interessenausgleich“ im Syrien - Konflikt, wie er jetzt auch bei einigen westlichen Politikern im Schwange ist, schon vor drei Jahren, im Frühjahr 2012, möglich gewesen wäre. Russland hatte dem Westen damals vorgeschlagen, Regierung und Opposition in Syrien zu einer Einigung zusammen zu führen, eine Übergangsregierung zu bilden und Präsident Assad dann den Rücktritt nahe zu legen. (German -Foreign - Policy 28.9.15) In diesen Jahren haben Russland und die UNO bis heute immer wieder Initiativen ergriffen und Vorschläge für eine friedliche Lösung ergriffen. Die russischen Vorschläge wurden in der veröffentlichten Meinung im Westen zumeist überhaupt nicht erwähnt.

Der russische Außenminister Lawrow unterbreitete im Frühjahr 2012 einen 5-Punkte-Plan. Der Plan sah vor einen sofortigen Waffenstillstand, Überwachung durch eine ausländische Beobachtergruppe, humanitäre Hilfe für Bedürftige, Schaffung der Grundlagen für einen politischen Dialog und Ablehnung ausländischer Einmischung.

Im März 2012 hatte auch der Sondergesandte der UN und der Arabischen Liga, Kofi Annan, einen Plan vorgelegt, der sechs Punkte umfasste: Zusammenarbeit aller Beteiligten im politischen Prozess zur gewaltfreien Lösung des Konflikts; von der UNO kontrollierte Waffenruhe; ungehinderter Zugang humanitärer Organisationen zu den Kampfgebieten; Freilassung politischer Gefangener; Bewegungsfreiheit für Journalisten im ganzen Land; Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit in Syrien. Der Waffenstillstand kam zustande.

Ende Juni 2012 kam es zu einer Konferenz in Genf. Die erwähnten Pläne bildeten den Rahmen der Beratungen. Gebildet wurde eine „Aktionsgruppe“. Ihr gehörten neben den Vertretern der UN und der Arabischen Liga die Außenminister Russlands, der USA, Großbritanniens, Frankreichs, der Türkei, des Irak,

Kuwaits und Katars sowie der EU-Chefdiplomatie an. Vereinbart wurde die Bildung einer Übergangsregierung in Syrien, die Reform der Verfassung des Landes auf der Grundlage eines Gesamtnationalen Dialogs, Mehr-Parteien-Wahlen und die Bildung neuer Staatsorgane. Die Forderung westlicher Regierungen nach sofortigem Rücktritt Assads wurde in das Aktionsprogramm nicht aufgenommen.

Eine Woche später wandte sich US-Außenministerin Clinton auf einer Beratung der „Gruppe der Freunde Syriens“ in Paris gegen die Genfer Vereinbarungen, indem sie den sofortigen Rücktritt Assads forderte. „Regime Change“ blieb die Hauptforderung der USA und ihrer Verbündeten in den folgenden Jahren. Damit war eine Sperrklausel gegen jegliche politische Lösung geschaffen. Das Kriegsgeschehen in Syrien eskalierte.

Die russische Regierung ließ sich von dieser kontraproduktiven Strategie nicht beeinflussen. Sie setzte kontinuierlich ihre Bemühungen um ein Ende des Blutvergießens fort.

Mitte Juni 2012 unterbreitete Lawrow auf einer Pressekonferenz in Teheran den Vorschlag, eine Syrien-Konferenz unter Teilnahme aller wichtigsten Akteure durchzuführen. „Wir verteidigen nicht das Regime, sondern die Chancen auf Stabilität in dieser Region und in der islamischen Welt. Wir verteidigen das Völkerrecht“, betonte der russische Außenminister. (Ria Novosti, 9.6.12)

In einem Artikel in „The Huffington Post“ schrieb Lawrow im Juni 2012: „Alle Seiten innerer Konflikte müssen sicher sein, dass die internationale Gemeinschaft auf der Grundlage fester Prinzipien handeln wird, als einheitliche Front auftretend und nach schnellster Beendigung der Gewalt und nach Erzielung annehmbarer Regelung durch einen umfassenden Dialog strebend. Russland lässt sich hinsichtlich innerstaatlicher Krisen ausschließlich von solchen Prinzipien leiten; und eben davon wird auch unsere Position zu den Vorgängen in Syrien bestimmt.“ (The Huffington Post, 15.6.12)

Ende 2012 wandte sich Lawrow auf einer Pressekonferenz in Brüssel gegen Handlungen von Teilen der syrischen Opposition, die gegen die Vereinbarungen von Genf gerichtete waren: „An Stelle einer Realisierung wurde ...eine 'Koalition der revolutionären und oppositionellen Kräfte' formiert, die eine Deklaration angenommen hat, in der als Hauptziel der Sturz des Regimes mit militärischen Mitteln sowie die Demontage der Institutionen beschrieben ist. Das ist eine Wendung um 180 Grad von dem in Genf erreichten Konsens.“

Im Mai 2013 einigten sich die Außenminister Russlands und der USA darauf, eine weitere Genfer Konferenz einzuberufen. Genf II sollte an die Ergebnisse von Genf I anknüpfen. Auffallend war, dass in Vorbereitung der Konferenz die USA Damaskus unterstellten, Giftgas gegen Rebellen eingesetzt zu haben. Obama drohte mit wochenlangen Militärschlägen gegen die Assad-Regierung. Präsident Putin warnte vor einem Alleingang und schlug vor, die Untersuchungsergebnisse von UN-Chemiewaffenexperten abzuwarten. „Was werden die USA mit den Rebellen tun, wenn man feststellen wird, dass diese Massenvernichtungswaffen einsetzen? Was werden diese Sponsoren mit den Rebellen tun? Werden sie die Waffenlieferungen einstellen?“ Und Putin abschließend: „Wer ohne UNO-Mandat und ohne angegriffen zu werden zuschlägt, ist ein Aggressor.“ (JW, 5.9.13)

Außenminister Lawrow griff in dieser Situation eine rhetorische Bemerkung Kerrys auf, indem er daraus eine Initiative formulierte, die Chemiewaffen Syriens unter internationale Kontrolle zu stellen. Damaskus nahm diesen Vorschlag an. Die USA stimmten schließlich zu. Die mit den angedrohten US-Attacken heraufbeschworene Gefahr eines Flächenbrandes in der Region war abgewendet worden.

Seit 2013 wurden immer wieder Vertreter der syrischen Opposition in die russische Hauptstadt zu Gesprächen eingeladen, um die unterschiedlichen Fraktionen zusammenzuführen und einen politischen Dialog zwischen ihnen zustande zu bringen.

Nicht zuletzt ging es um die immer wieder verzögerte Einberufung von Genf II. „Der Hauptgrund für die Verzögerungen ist nicht, dass sich alle so gut wie möglich auf die Konferenz vorbereiten wollen“, sagte Lawrow im Januar 2014. „Schuld daran sind die Machtkämpfe zwischen den einzelnen Gruppierungen innerhalb der Opposition, die von unterschiedlichen Geldgebern unterstützt werden.“ Er fügte hinzu: „Meiner Ansicht nach muss die Konferenz den Kampf gegen den Terror in den Vordergrund stellen – das ist derzeit die größte Bedrohung für Syrien und die Region...Jede Verzögerung der Friedensgespräche spielt nur den in Syrien aktiven islamistischen Extremisten in die Hände. Durch das Hinauszögern der Verhandlungen stellt sich die Opposition zusammen mit ihren Geldgebern auf die falsche Seite.“ www.de.rbth.com.politik)

Moskau hatte die Gefahr, die vom IS ausgeht, rechtzeitig erkannt. Die USA, die Türkei und Saudi-Arabien unterstützten die islamistischen Extremisten weiterhin. Und gemeinsam mit der syrischen Auslandsopposition verfolgten sie, wie Kerry dann auf der Genf II-Konferenz betonte, die Einsetzung einer Übergangsregierung in Damaskus. „Das bedeutet, dass Assad nicht Teil dieser Übergangsregierung sein wird“, so der US-Außenminister. (www.wsws.org/de/articels) Nach drei Jahren Krieg hielten die USA und ihre Verbündeten ihren verheerenden Schlachtruf aufrecht.

In seiner Rede vor der 69. UN-Generalversammlung am 27. September 2014 führte Lawrow u.a. aus: „Das Wichtigste ist heute, die globalen Prioritäten zu sehen und diese nicht zu Geiseln einer einseitigen Agenda zu machen. Bei den Vorgehensweisen zur Regelung von Konflikten ist die Aufgabe von doppelten Standards höchst akut. Insgesamt sind alle damit einverstanden, dass die Hauptaufgabe in der entschlossenen Bekämpfung der Terroristen besteht, welche immer größere Gebiete im Irak, in Syrien, in Libyen, in Afghanistan und in der Sahara-Sahel-Zone unter ihre Kontrolle bringen wollen. Wenn dem so ist, dann darf diese Aufgabe nicht ideologischen Schemen oder

der Bestrebung von persönlichen Abrechnungen zum Opfer gebracht werden. Die Terroristen müssen, mit welchen Losungen sie sich immer bedecken, außerhalb des Gesetzes bleiben.

Dabei muss der Kampf gegen den Terrorismus natürlich auf der festen Basis des Völkerrechts aufbauen. Eine wichtige Etappe in diesem Kampf war die einstimmige Annahme einer Serie von UNO-Sicherheitsresolutionen, darunter unlängst zum Problem der ausländischen Terroristen. Versuche, gegen die Charta unserer Organisation zu handeln, tragen nicht zu einem Erfolg der gemeinsamen Bemühungen bei. Der Kampf gegen die Terroristen auf dem Gebiet Syriens muss in Zusammenarbeit mit der syrischen Regierung geschehen, welche ihre Bereitschaft dazu klar zum Ausdruck brachte. Damaskus zeigte schon durch Taten seine Fähigkeit zur Kooperation mit der internationalen Gemeinschaft, als es seine Verpflichtungen im Rahmen des Programms zur Liquidierung der Chemiewaffen erfüllte.“ (LUFTPOST, Friedenspolitische Mitteilungen aus der US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein, 20.10.14)

Auf dem Internationalen Waldai-Forum erklärte der russische Präsident am 24. Oktober 2014 u.a.: „Im Verlauf der Gespräche mit Führungskräften der USA und Europas spreche ich ständig von der Notwendigkeit, gemeinsam gegen den Terrorismus als einer Herausforderung von weltweiter Bedeutung vorzugehen. Mit dieser Herausforderung kann man sich nicht abfinden, man kann sie nicht eingrenzen oder Doppelstandards anwenden. Man erklärte sich mit uns einverstanden, aber es verging nicht viel Zeit, und alles kehrte wieder zum Alten zurück. Es folgte die Einmischung sowohl im Irak, als auch in Libyen, und dieses Land wurde dann an die Grenze des Zerfalls gebracht...Es steht auch jetzt noch an diesem Abgrund und ist ein Übungsplatz für Terroristen geworden. Allein dank dem Willen und der Umsicht der jetzigen ägyptischen Führung ist es gelungen, Chaos und extremistische Exzesse in diesem Schlüsselland der arabischen Welt zu vermeiden. In Syrien gingen die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten wie in guten alten Zeiten daran,

Terrorbrigaden direkt mit Finanzen und Waffen zu versorgen, die Aufstockung ihrer Mannstärke durch Söldner aus verschiedenen Ländern zu begünstigen.“ (www.kremlin.ru/news)

Lawrow machte vor Studenten in Moskau am 27. Februar 2015 u.a. deutlich, wie sich die USA und andere Mächte über Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates für den Kampf gegen terroristische Gruppierungen hinwegsetzen: „Vor ungefähr zehn Jahren“, so Lawrow, „hat der UN-Sicherheitsrat auf Basis der UN-Charta und in Übereinstimmung mit den Völkerrechtsprinzipien mehrere Resolutionen verabschiedet, die das Terrornetzwerk Al-Qaida und andere mit ihm verbundene terroristische Strukturen für ungesetzlich erklärten. Es gibt eine Liste, auf der Personen und Organisationen, darunter Al-Qaida selbst, stehen, mit denen niemand kooperieren darf, deren Bewegungen über die Welt zu unterbinden sind, die unverzüglich festzunehmen und vor Gericht zu stellen sind, deren Bankkonten zu sperren sind usw. Diese Liste wird ständig vervollständigt. Vor kurzem wurden darauf solche Organisationen wie die Al-Nusra-Front und der Islamische Staat gesetzt.“ (www.fit4russland.com) Die USA, die Türkei und Saudi-Arabien scheren sich nicht um das Völkerrecht, nicht um Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates. Sie unterstützten weiterhin die islamistischen Extremisten.

Der UN-Sonderbeauftragte Annan scheiterte 2012. Sein Nachfolger Brahimi gab 2014 – ebenfalls nach vielen Bemühungen um eine friedliche Lösung – auf. Der gegenwärtige Sonderbeauftragte de Mistura verfiel dem Plan, dass die Konfliktparteien in Arbeitsgruppen auf mehreren Themenfeldern wie dem Schutz von Zivilisten, dem Wiederaufbau und verfassungsrechtlichen Fragen in einen Dialog einsteigen. Unterstützt wird diese Initiative von Russland und Ägypten.

(www.zeitung.de/politik/ausland)

Zunächst scheiterte eine von ihm vorgeschlagene Kontaktgruppe „am Widerstand Saudi-Arabiens und der Türkei, die eine Absetzung Assads noch vor Beginn von Gesprächen verlangen.“ (Der Spiegel, 41/2015) Systematisch werden die Initiati-

ven der UN-Sonderbeauftragten mit einem Anti-Assad-Dogma blockiert. Und zwar abwechselnd von den USA, der Türkei, Saudi-Arabien oder von der von den vorgenannten Staaten ausgehaltenen Auslands-Opposition. Als Anfang November eine Kurskorrektur bei einigen westlichen Staaten deutlich wurde, nahm de Mistura seine Bemühungen um Verhandlungen zwischen der syrischen Regierung und der Opposition wieder auf.

Die Syrien-Korrespondentin Karin Leukefeld kommentierte die russischen Bemühungen um eine friedliche Lösung des Syrien-Konflikts: „Russlands aktuelle Stärke in der syrischen Tragödie rührt vor allem daher, dass es nie den Gesprächsfaden mit den verfeindeten Seiten abreißen ließ. Kaum ein Tag verging in den vergangenen vier Jahren, an dem der oberste Diplomat Moskaus, Außenminister Sergej Lawrow, nicht für den Dialog in Syrien plädiert hätte. Geduldig steckte dieser Konter und Tiefschläge seiner westlichen Amtskollegen weg und hielt nach immer neuen Gesprächsmöglichkeiten Ausschau. Moskau sprach mit allen Seiten der syrischen Opposition – im Land selbst und außerhalb. Die Ablehnenden wurden wieder und wieder eingeladen, niemand wurde ausgegrenzt. Russische Diplomaten und Präsident Wladimir Putin sprachen mit der Türkei und Israel, mit Teheran und Saudi Arabien, mit Ägypten und nicht zuletzt mit dem Oman, der schon oft gute Dienste geleistet hat. Um erhitzten Gemütern einen Ausweg zu weisen, bei dem sie ihr Gesicht wahren konnten.“ (JW, 28.9.15)

Gescheiterte Strategie

Heute wird mehr als deutlich: Die Regime-Change-Strategie des US-Imperialismus ist in Syrien gescheitert. Diese Strategie ist die Ursache für die ungeheuren menschlichen Opfer und materiellen Verluste.

Die EU und das sie dominierende Deutschland sowie Staaten in Nahost sprechen von einer Korrektur ihres bisherigen Kurses im Syrien-Konflikt.

Ende Oktober kamen in Wien die Außenminister von 17 Ländern sowie der UN und der EU zusammen. Erstmals war auch der Iran eingeladen. Ein Staat, der von der Bush-Administration als „Schurkenstaat“ für einen Regime-Wechsel „freigegeben“ worden war und von der Obama-Administration lange so behandelt wurde. In einer Erklärung bekannten die Teilnehmer des Treffens, dass „Einheit, Unabhängigkeit, territoriale Integrität und säkularer Charakter“ des syrischen Staates maßgeblich seien. „Die staatlichen Institutionen werden intakt gehalten.“ Als Ziel der Teilnehmer wurde genannt, dem IS „und anderen Terrorgruppen“ die Niederlage beizubringen.

Angesichts des Wachstums der politischen Kräfte für eine friedliche Lösung des Konflikts und nicht zuletzt unter dem Eindruck der terroristischen Attentate in Paris einigten sich die 17 Außenminister der „Internationalen Unterstützerguppe für Syrien (ISSG) bei einem weiteren Treffen in Wien auf einen Fahrplan für eine politische Entwicklung in Syrien. Diese zweite Syrien-Konferenz hatte, wie es in Pressekommentaren heißt, erstaunlich konkrete Ergebnisse erzielt. Der Druck der Öffentlichen Meinung auf die Teilnehmer, eine politische Lösung zu finden, sei noch nie so hoch gewesen.

Zu dem im Kompromiss gefundenen Fahrplan gehören folgende „Schlüsselfragen“:

Bis zum 1. Januar 2016 sollen unter UN-Vorsitz die syrische Regierung und Vertreter der Opposition an einen Tisch zusammengeführt werden. Eine neue Verfassung soll auf der Grundlage von „zentralen Prinzipien“, wie sie auf der ersten Wiener Konferenz formuliert worden waren, ausgearbeitet werden. Ein von der UN kontrolliertes Referendum soll sie bestätigen. Ebenfalls unter UN-Kontrolle sollen Neuwahlen von Parlament und Präsident innerhalb von 18 Monaten stattfinden. Der Name Assads wird im Abschlusstext nicht erwähnt.

Die „russische Handschrift“ ist in diesem Ergebnis, das ein Signal der Hoffnung für alle Friedenswilligen auf der Welt bedeutet, nicht zu übersehen.

Die USA, ihre NATO-Verbündeten, arabische Feudalherren und syrische Auslandsopposition haben jahrelang die nun in Wien genannten Prinzipien missachtet und Aufgaben, wie sie jetzt festgelegt sind, blockiert. Prinzipien und Aufgaben, die schon vor Jahren in Initiativen und Vorschlägen Russlands und der UN-Sonderbeauftragten festgeschrieben waren.

Das Neue, das sich im Syrien-Konflikt abzeichnet, war bereits vor dem Wiener Treffen sichtbar geworden.

Die US-Strategie, die einen Dialog mit Moskau zur politischen Lösung der Syrien-Krise bisher ablehnte, hatte offenbar ein Fiasko erlebt. Der ehemalige CIA-Chef General Petraeus hatte vor dem Streitkräfteausschuss des US-Senats die Lage in Syrien als „geopolitisches Tschernobyl“ für die USA bezeichnet. Die negativen Auswirkungen des Krieges würden „wie eine nukleare Katastrophe... noch jahrzehntelang präsent sein.“ Eine bürgerliche Zeitung schätzte ein: „Die Lage im syrischen Bürgerkrieg ist total verfahren und führt zu gewaltigen Flüchtlingsbewegungen. Der US-geführte Luftkampf gegen den IS hat die Dschihadisten bislang nicht stoppen können. Die Ausbildung syrischer Rebellen durch US-Soldaten ist gescheitert, die Zahl der ausgebildeten Kämpfer lässt sich an zwei Händen abzählen. Jetzt wurde auch noch bekannt, dass Waffen und Ausrüstungen aus US-Beständen von den Oppositionellen an die Al-Nusra-Front übergeben wurden, die dem Terrornetz Al-Kaida nahesteht. Und seitdem US-General John Allen, der im Auftrag Obamas die internationale Koalition gegen den IS koordiniert, seinen Rücktritt angekündigt hat, sind die Zweifel nur noch gewachsen, ob die Amerikaner tatsächlich einen Plan für Syrien haben.“ (BZ, 28.9.15)

Und nun griff auch noch Russland militärisch in den Syrien-Konflikt ein. Über die politische Wirkung dieses Schrittes

schrieb eine bürgerliche Zeitung: „Eines muss man Putin lassen. Mit seinem Eintritt in das syrische Schlachtfeld hat er einen großen Stein in die trüben politischen Wasser des Nahen und Mittleren Ostens geworfen. Alle Beteiligten... sind dieser Tage dabei, ihre Positionen zu justieren.“ (BZ, 29.10.15)

Schon erwähnte erste Ansätze von Kurskorrekturen in der Syrien-Politik durch einige westliche Staaten gehören dazu.

Wochen vor Wien war von Russland, Syrien, Irak und dem Iran in Bagdad das bereits erwähnte Koordinierungszentrum zum gemeinsamen Kampf gegen den grenzüberschreitenden Terrorismus gebildet worden. Von Russland und Jordanien wurde ein Koordinierungszentrum für die Streitkräfte beider Länder konstituiert.

Allerdings darf der in Wien zunächst gefundene Konsens keineswegs überschätzt werden. Reaktionen von US-amerikanischer Seite auf Wien sprechen eine deutliche Sprache.

Die US-Administration zeigt keine praktische Bereitschaft, die Kriegshandlungen in Syrien zu beenden und den Terrorismus zu beseitigen. Der Vorschlag Moskaus, eine weltweite Antiterrorcoalition zu bilden, „um gemeinsam Widerstand gegen jene zu leisten, die ... das Böse und die Menschenfeindlichkeit schlechthin verkörpern,“ bleibt nicht nur unbeantwortet. Es werden vielmehr neue Aktivitäten unternommen, um die Lage anzuheizen.

So hat die Obama-Administration ihre Absicht zu erkennen gegeben, sogenannte Flugverbotszonen über Syrien einzurichten. Angeblich sollen dadurch „Flüchtlinge“ gefahrlos vor Luftschlägen der syrischen Armee in Sicherheit gebracht werden. Das Modell „Flugverbotszone“ diente den NATO-Mächten 2011 in Libyen dazu, in Verfälschung des Beschlusses des UN-Sicherheitsrates, die militärische Intervention gegen das Land mit dem Ziel des Regime Change durchzusetzen.

Weiter: Angesichts des militärischen Eingreifen Russlands beriet die „Nuclear Planning Group“ der NATO darüber, ihre „Nuklearstrategie“ gegen Moskau „anzupassen“.

Weiter: Das Pentagon will Angehörige von US-Spezialeinheiten in Syrien stationieren. Ihre Aufgabe soll darin bestehen, „syrische Verbündete“ „auszubilden, zu beraten und ihnen Beistand zu leisten.“ Es soll ein regionales Bündnis regierungsfeindlicher Milizen, die unter dem Namen „Syrische Demokratische Kräfte“ operieren, unterstützt werden. (JW, 4.11.15) All das ist mit einem „Intakthalten staatlicher Institutionen“ in Syrien, wie es die Wiener Konferenz vorsieht, nicht zu vereinbaren ist.

Und schließlich: Pentagon-Chef Carter erklärte provokatorisch, die USA müssten „die Aggression Russlands abschrecken und die Anfälligkeit der Verbündeten und der Partner verringern. Deshalb sei es geboten, die US-Atomwaffen und die Ausrüstung für elektronische Kriegführung zu modernisieren und weitere Langstreckenflugzeuge anzuschaffen.“ Russland warf er vor, „die Weltordnung zu gefährden.“ (DLF, 8.11.15)

Die Administration des US-Imperialismus demonstriert ein Lehrstück, wie sie auf die Niederlage ihrer Weltneuordnungsstrategie reagiert.

Am 10. Oktober hatte der US-Friedensrat einen offenen Brief an „alle unsere Freunde und Genossen in der Friedensbewegung“ veröffentlicht. Der Brief hat durch die jüngsten Entwicklungen keineswegs an Aktualität eingebüßt. Hier einige Auszüge aus dem Brief:

„Wir sind uns bewusst, dass unsere Welt an einem kritischen Punkt angekommen ist: Es besteht die Gefahr einer militärischen, möglicherweise nuklearen Konfrontation zwischen der von den USA geführten NATO und Russland...“

In gewisser Weise kann man sagen, dass ein Weltkrieg bereits jetzt stattfindet. Derzeit lassen die Regierungen von 15 Ländern

in Syrien bombardieren. Dazu gehören sieben verbündete NATO-Staaten: USA, Großbritannien, Frankreich, Türkei, Kanada, Belgien und die Niederlande. Außerdem auch Nicht-NATO-Verbündete der USA: Israel, Katar, Vereinigte Arabische Emirate, Saudi-Arabien, Jordanien, Bahrein und Australien; und schließlich jetzt auch Russland.

An den westlichen Grenzen Russlands wird ein anderer gefährlicher Krieg geführt. Die NATO baut ihre militärischen Kräfte in den Anrainerstaaten Russlands aus. Alle Regierungen der Nachbarländer Russlands erlauben es den NATO- und US-Streitkräften, auf ihrem Hoheitsgebiet zu operieren, dort wo die NATO jetzt nur Kilometer von russischen Großstädten entfernt bedrohlich Militärmanöver abhält...

In einer oder beider dieser Konfliktlagen kann es leicht zu einer direkten Konfrontation zwischen den USA und ihren NATO-Verbündeten auf der einen und Russland auf der anderen Seite kommen; eine Konfrontation, die das Potential der Eskalation zu einem Atomkrieg mit verheerenden Folgen hat...

Die Wurzeln der gegenwärtigen Krise liegen viel tiefer als bei den Konflikten in Syrien und der Ukraine. Alles geht zurück auf die Zerstörung der Sowjetunion im Jahr 1991 und den Wunsch der USA, die einzig verbliebene Weltmacht zu bleiben, welche die ganze Welt unilateral dominiert.“

Eine klare Sprache und eindeutige Analyse der aktuellen Situation in der Welt.

* * * * *

In unserer schnelllebigen Zeit überschlagen sich die Ereignisse. Die schrecklichen terroristischen Attentate in Paris haben zu vieldeutigen Erklärungen maßgeblicher westlicher Politiker geführt. Hollande, Sarkozy und Gauck übten sich in Kriegsretho-

rik als sie von einer „Kriegshandlung“, von „totalem Krieg“ und von einer „neuen Art Krieg“ sprachen. Schäuble stellte den Einsatz der Bundeswehr im Innern als Konsequenz aus den Attentaten zur Diskussion. Die CSU fordert, die „Gewährleistung der Sicherheit“ sei „auch Aufgabe der Bundeswehr.“ Frau Merkel zufolge sei „noch gar nicht absehbar“, welche Aufgaben auf Deutschland zukämen.

Die französische Regierung praktiziert nicht nur massiven Militäreinsatz im Innern des Landes. Sie will auch Verfassungsänderungen und damit einen Abbau von Grundrechten auf die Tagesordnung setzen.

Die hier nur angedeuteten Wertungen und Absichten verlangen eine gründliche Analyse und sind mit großen Herausforderungen an die Streiter für einen dauerhaften Frieden und soziale Gerechtigkeit, für die Einhaltung der Menschenrechte verbunden.